

Flüchtlingsdorf auf dem Tempelhofer Feld

Bezirksbürgermeisterin begrüßt geplante Flüchtlingsunterkünfte

Ein Flüchtlingsdorf oder gleich ein ganzer Stadtteil? Egal wie man es nennt, der Berliner Senat plant, Unterkünfte für bis zu 7.000 Flüchtlinge auf dem Tempelhofer Feld zu bauen. Die Bürgermeisterin des betroffenen Bezirks erklärt sich damit einverstanden, stellt aber Forderungen.

Die Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, Angelika Schöttler (SPD), hat sich positiv über neue Flüchtlingsunterkünfte auf dem Tempelhofer Feld geäußert. Schöttler sagte den rbb am Samstag, sie gehe davon aus, dass auf dem Tempelhofer Feld ein kleiner Stadtteil entstehen werde, für den es ein umfassendes Konzept brauche.

Es dürfe nicht nur darum gehen, Betten und ein Dach über dem Kopf zur Verfügung zu stellen. Schöttler fordert, dass Schulplätze, Kinderbetreuung, Deutschkurse und Freizeitgestaltung geregelt werden, bevor Flüchtlinge dort einziehen. "Den Leuten dort darf nicht langweilig sein. Sie müssen wissen, was ihnen die Zukunft bringen wird und sich gut betreut fühlen", so Schöttler im rbb-Inforadoio.

Schöttler befürwortet befristete Änderung des ThF-Gesetzes

Die Warnungen von Kritikern, so viele Flüchtlinge an einem Ort unterzubringen, beschwöre Konflikte herauf, teilt die Bezirksbürgermeisterin nicht. "Es gibt mindestens genauso viele Probleme, wie wenn an anderer Stelle Menschen zusammenwohnen. Entscheidend ist, dass die Rahmenbedingungen stimmen", sagte Schöttler. "Einzelne Menschen, die sich daneben benehmen, haben wir in allen Bevölkerungsteilen."

Die SPD-Politikerin sagte weiter, wenn nötig, müsse für den Flüchtlings-Stadtteil auch das Tempelhof-Gesetz geändert werden - aber nur befristet und zum Zweck der Flüchtlingsunterbringung. Ihr Parteikollege, Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller, hatte gefordert, das Gesetz noch im Januar zu ändern. Dieses besagt nach dem Volksentscheid von 2014, dass eine Bebauung des Tempelhofer Felds verboten ist.

Gesetzesänderung noch im Januar?

Die neuen Unterbringungspläne am Rande des Tempelhofer Feldes wurden am Freitag zwischen Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD), Fraktionsvertretern und Bürgern diskutiert. Die Initiative "100 Prozent Tempelhof", die sich klar gegen die Tempelhofer "Massenunterkunft" ausspricht, hat die Einladung zu dem Treffen ausgeschlagen.

Die Senatspläne sehen konkret vor, dass direkt neben den sieben Hangars des Flughafengebäudes auf den befestigten Flächen neben dem Vorfeld fünf provisorische Hallen entstehen sollen. Zudem sind eine Schule, Werkstätten, ein Fußballplatz und eine Großküche geplant. Laut Müller sollen dort bis zu 7.000 Flüchtlinge untergebracht werden. Anderen Zahlen, wonach zum Beispiel bis zu 8.500 Menschen dort aufgenommen werden sollen, widersprach Müller.

Für die online einsehbaren Senatspläne ist in jedem Fall eine Gesetzesänderung erforderlich. Ob diese wirklich noch im Januar erfolgen kann ist unklar. Denn wie die "Berliner Zeitung" am Samstag berichtet, soll erst noch eine Bürgerversammlung in Tempelhof stattfinden. Diese sei für den 28. Januar geplant, so dass das "Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes" (ThF-Gesetz) wohl nicht vor Mitte Februar geändert werden könnte.

Stand vom 09.01.2016

ZUM NACHHÖREN

Inforadoio | 09.01.2016
"Ein kleiner Stadtteil"

Die Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, Angelika Schöttler (SPD), äußert sich im rbb-Interview positiv über die geplanten Flüchtlingsunterkünfte auf dem Tempelhofer Feld.